

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

die Bundestagswahlen sind Schnee von gestern, aber das Ergebnis hingegen sorgte für erhebliche Verwerfungen. Begleitet mit dem Wiedereinzug der FDP in den Bundestag kam mit der AfD erstmalig eine rechtslastige Partei ins Parlament. Besorgniserregend aber war die anschließende Wahl-



Analyse, wie die GewerkschafterInnen abgestimmt hatten, nämlich 15 Prozent gaben der AfD ihre Stimme, fand der DGB heraus. Und das auch noch für eine Partei, die die Rentenversicherung privatisieren möchte. („Wie kann man so bekloppt sein, darüber nachzudenken, die Rentenversicherung zu privatisieren,“ so Frank Bsirske in der 'junge Welt').

<http://www.dgb.de/themen/++co++1aca2e9e-a209-11e7-99c0-525400e5a74a>

Da die SPD aus nachvollziehbaren Gründen in die Opposition wollte, boten sich für die CDU sowie CSU die Grünen und die FDP als Koalitionspartner an. Nach vielen schönen Balkontechtelmechtel-Bilderchen der VerhandlungspartnerInnen zog es Christian Lindner vor, die als „Jamaika-Verhandlungen“ bezeichneten Gespräche platzen zu lassen. Verantwortung hat die FDP hier nicht gezeigt. Im Gegenteil. Während die anderen drei bereiten Koalitionäre bis zur Schmerzgrenze kompromissbereit waren, dachte die FDP nicht daran, ernsthaft zu verhandeln.

Falls eine neue GroKo zustande kommen sollte, eröffnet sich die Möglichkeit, mehr soziale Gerechtigkeit einzufordern und umzusetzen

Denn die SPD ist jetzt gefragt, wieder Verantwortung für das Land und seine Zukunft zu übernehmen. Wie widersprüchlich und schwer mit allen Meinungsfindungs-Schmerzen es ist, beschreibt Daniel Haufler im DGB-Debattenjournal „Gegenblende“.

<http://senioren.verdi.de/themen/sozialpolitik/++co++7c84ede4-d4c3-11e7-9d10-5254004>

Und die Hans-Böckler-Stiftung stellte ebenso fest: „Jamaika ist vorerst gescheitert - doch auch jede andere mögliche Regierungskoalition wird sich um die drängenden Probleme des Landes kümmern müssen - die wachsende Ungleichheit, die unsichere Rente, zu wenig Mitbestimmung und Umwälzungen durch die Digitalisierung in der Arbeitswelt.“ Eine Auflistung.

<http://www.boeckler.de/111217.htm>

Die Wohnungsnot in Deutschland

ist mit eines der gravierendsten Probleme unserer Zeit. Die Hans-Böckler-Stiftung bemerkte dazu: „Die über Jahrzehnte in Deutschland gepflegten sozialpolitischen Ansätze, beim Wohn-



nen „Einkommensunterschiede zu mildern und einen Beitrag zum sozialen Miteinander zu leisten, haben sich weitgehend aufgelöst“. Darüber hinaus befanden die Forscher bedarf es ein „Bündel politischer Entscheidungen, die die Regeln wirtschaftlichen Handelns so verändern, dass einerseits die wirtschaftliche Dynamik erhalten bleibt, andererseits die Ungleichheit vermindert wird“.

<http://senioren.verdi.de/themen/sozialpolitik/++co++af74738e-a906-11e7-af67-525400f67940>

Zum Jahrestag „60 Jahre dynamische Rente“

Gundula Roßbach, Präsidentin der Rentenversicherung Bund, erinnert an die wegweisende Reform von 1957, die von allen Parteien, die in der damals noch jungen Republik im Bundestag vertreten waren, beschlossen wurde. Allerdings gab es damals schon eine Ausnahme: Die FDP verweigerte die Zustimmung.

<http://senioren.verdi.de/themen/rente-versorgung/++co++1cecdfde-9ea6-11e7-9bd8-525400940f89>

Krankenkassenzusatzbeiträge 2018

Jetzt auf der DGB-Seite nachschauen: wieviel Zusatzbeitrag nimmt meine Krankenkasse.

Es bleibt dabei, ArbeitnehmerInnen tragen weiterhin die zusätzliche Finanzlast von 61 Millionen Euro jährlich. Der DGB listet die Kassen und die Zusatzbeiträge auf.

<http://www.dgb.de/themen/++co++8c305984-d371-11e7-a69e-52540088cada>

Wo bleibt die Würde

Ein 21-jähriger Krankenpfleger aus Hildesheim hat in der Wahlarena der Bundeskanzlerin das ganze Drama des Pflegenotstands in wenigen Sätzen drastisch vor Augen geführt. Seine mutigen Worte über den Pflegenotstand fanden eine bis dahin nicht erreichte medienwirksame Beachtung. Alexander Jordes heißt er, ist Pflege-Azubi und ver.di-Mitglied. Das Ressort Gesundheit hat ihn nach seinem Auftritt interviewt
<http://gesundheit-soziales.verdi.de/themen/entlastung/++co++40f75536-acf1-11e7-b5bc-525400423e78>

Das Problem Altersarmut

Auch die im Juni 2017 vorgestellte Bertelsmann-Studie zur Renten- und Altersarmut zeigt auf, dass eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zwingend ist. Denn das Risiko für Altersarmut in Deutschland nimmt in den nächsten Jahren weiter zu, betonten die Autoren. Laut dieser Studie ist ab 2036 jeder fünfte Neu-RentnerIn von Armut bedroht. 2015 war es noch gut jeder Sechste. Am stärksten betroffen sind demnach alleinstehende Frauen, Menschen ohne Berufsausbildung und Langzeitarbeitslose. Sie folgern aus ihren Ergebnissen, dass das Rentensystem nicht ausreichend vorbereitet sei auf die steigende Zahl flexibler Arbeitsverhältnisse und geringer Einkommen.

<http://senioren.verdi.de/themen/altersarmut/++co++3cc0e5f0-5b24-11e7-bd5e-525400423e78>

Wir haben hier nur schwerpunktmäßig drei Problemfelder, nämlich die Wohnungsnot, Gesundheitskosten, den Pflegenotstand und die Altersarmut aufgegriffen. Dabei gibt es weitaus mehr zu tun, damit die sozialen Ungleichheiten ausgeglichen werden. Deshalb lasst uns hoffen, dass dies in einer neuen Koalition angegangen wird.

Und lasst uns froh sein, dass die FDP sich aus der Verantwortung gestohlen hat.

wipo aktuell:

„Jamaika“ ist Geschichte. Lange wurde um die einzelnen Themen gerungen. Bei der Finanzpolitik zeigte sich, für wessen Interessen die Liberalen bis aufs Blut kämpfen. Von wegen „neue“ FDP. Sie ist weiter die wirtschaftsliberale Steuer-senkungspartei der Reichen und Unternehmer. Nach dem Motto „Sozialstaat? Was geht uns das an?“

<http://wipo.verdi.de/publikationen/++co++c9599e6a-d056-11e7-8b3f-525400f67940>



*Mit den besten Wünschen für ein wunderbares,
harmonisches Weihnachtsfest
und ein gesundes, glückliches neues Jahr
verabschiedet sich die
Internet-Senioren-Redaktion für 2017.*